

dessen/deren Attestierung mit zu befinden hatte. So konnte man schon aus der Aktenlage, wer Mitarbeiter/in werden wird.

Diese Gespräche setzte ich fort und kann allein aus dieser Sicht zu der Feststellung kommen: Bei aller unterschiedlichen Individualität waren es Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen Erfahrung, Erziehung, Überzeugung, Bildung und Moral bereit und fähig waren, sich in den Dienst für die staatliche Sicherheit der DDR zu stellen. Nur wenige haben die Prüfung der Geschichte aus charakterlichen bzw. moralischen Gründen nicht bestanden und mußten wieder entlassen werden.

Die übergroße Mehrheit der Mitarbeiter/innen war vom Sozialismus in der DDR überzeugt und hat mit Herz und Verstand auf der Grundlage der Gesetze der DDR, der Befehle und Weisungen des MfS gehandelt. Wer gegen Gesetze, Befehle und Weisungen verstieß, wurde bei Bekanntwerden zur Verantwortung gezogen. In dieser Hinsicht hatten wir ein strenges Regime, das von dienstlicher, parteilicher bis zu gerichtlicher Bestrafung reichte. Letzteres war nur in ganz wenigen Einzelfällen erforderlich. Es tut mir deshalb persönlich sehr weh, wenn kapitalistische Politiker und Medien, leider auch manche sich unabhängig oder links bezeichnende Medien, alle Mitarbeiter des MfS wie Verbrecher behandeln.

Wenn z.B. der Berliner Innensenator Heckelmann unterstellt, daß die ehemaligen Mitarbeiter des MfS "alles potentielle Mörder waren und nicht vor Mord zurück-schreckten", kann ich ihn eigentlich nur als Antikommunisten bezeichnen. Dieser Mann hat bisher nicht die tatsächlichen Dokumente und die Arbeit des MfS zur Kenntnis genommen, sondern sich nur an "Bild", "BZ" und anderen antikommunistischen Medien informiert, richtiger desinformiert.

Es ist für die Geschichte unseres Volkes katastrophal, daß solche Leute nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Bundesländern den Neonazis direkt mit ihrer antikommunistischen Haltung in die Hände arbeiten. Wer will bei dieser Atmosphäre erwarten, daß die Mitarbeiter des MfS Selbstkritik üben?

Es sei noch erwähnt, daß viele westdeutsche Politiker - Strauß, Weizsäcker, Brandt, Schmidt u.v.a. - zu offiziellen Gesprächen oder privat in der DDR weilten, angemeldet oder unangemeldet, offiziell wie inoffiziell, mit führenden Leuten redeten und auch mit der Opposition konspirierten. Keinem wurde ein Haar gekrümmt, keiner wurde mit Eiern, Steinen oder dergleichen beworfen. Daß die Sicherheit dieser Personen zu gewährleisten war, darin bestand der uns erteilte Auftrag, und ihre Antwort ist heute die politische Ausgrenzung und soziale Verfolgung der ehemaligen Mitarbeiter. Vielleicht verstehe ich die christliche Nächstenliebe auch nur falsch.